

Deutsche Meldungen

Die
katholische Kirche
im Ruhrgebiet

Im Auftrag der „Ruhr-Nachrichten“
führte die EMNID in den Städten Dort-
mund, Bochum, Gelsenkirchen, Herne

und Recklinghausen eine Umfrage bei 1000 Katholiken durch. Der Kreis der Befragten war so gewählt, daß sich in Bezug auf die soziale Schichtung, die Altersgruppen und das Verhältnis der Geschlechter ein typisches Bild ergeben konnte. Von den Befragten waren 45,6% Männer, 54,4% Frauen. Von den Männern und Frauen gehörten 45% zur städtischen, 4% zur ländlichen Arbeiterschaft, 13,9% waren Angestellte, 11,2% Selbständige, 4% freie Berufe, 5,2% Beamte, 8,8% Sozialempfänger und 7,8% Bauern.

Die Fragen erstreckten sich auf die Teilnahme am Kirchenbesuch und Sakramentenempfang, auf die Einstellung zu den Geistlichen und zur Wirksamkeit der Kirche, auf den Eindruck, den die Christen im Leben erwecken und auf die Bewertung verschiedener kirchlicher Einrichtungen.

38,5% der Befragten (die Männer zu 29,5%, die Frauen zu 46,5%) gaben an, daß sie regelmäßig zur Kirche gehen. 15,3% der Männer und 3,9% der Frauen besuchen die Kirche nie. Die Bauern gehen am meisten, die Angehörigen der freien Berufe am wenigsten zur Kirche.

28,5% der Befragten gaben an, daß sie regelmäßig die Sakramente empfangen. 14,9%, und zwar 28,5% der Männer und 5,4% der Frauen, empfangen die Sakramente gar nicht. Diese Angaben bestätigen im allgemeinen die Ansicht der Seelsorger über die Beteiligung der Katholiken am kirchlichen Leben in allen deutschen Großstädten.

Recht aufschlußreich sind die Antworten auf die fünfte, sechste und siebte Frage: „Sind in Ihrer Umgebung oder an Ihrem Arbeitsplatz Menschen anzutreffen, die jeder uneingeschränkt als handelnde Christen anerkennt? Sind solche Menschen eine Ausnahme? Wie werden sie beurteilt?“ Nur 50,2% der Befragten stellten fest, daß solche handelnde Christen in ihrem Umkreis zu treffen sind. 76,9% von ihnen bezeichnen sie als Ausnahme. Rund ein Drittel antwortete: „Solche Leute werden als Sonderlinge angesehen“. Die „Ruhr-Nachrichten“ schreiben dazu: „50% der Befragten kennen keinen Christen der Tat und noch schlimmer: die übrigen, die einen handelnden Christen kennen, nennen ihn zu 75% eine Ausnahme, für jeden dritten ist er noch dazu ein Einzelgänger oder Tölpel. Der Christ, der sein Bekenntnis nicht nur in der Kirchenbank, sondern auch in der Straßenbahn und in der Fabrik zeigen sollte, ist der weiße Rabe. Er hat Seltenheitswert. Wo er noch auftaucht, da wird er als überlebendes Exemplar einer ausgestorbenen Gattung bestaunt und vielfach belächelt...“

Die Aufschlüsselung der Antworten zu diesem Punkt zeigt aber noch etwas anderes. Die Bauern behaupteten zu 75,6%, sie könnten handelnde Christen. Von den Rentnern dagegen, der sozial am schlechtesten gestellten Gruppe, gestanden nur 44,3% dies zu. Das Forschungsinstitut bemerkt dazu, diese Frage sei ganz allgemein um so positiver beantwortet worden, je sicherer die Lebensverhältnisse der Befragten waren. Das kommentieren die „Ruhr-Nachrichten“ folgendermaßen: „Je sicherer die Lebensverhältnisse der Befragten waren... Am sichersten sind die Bauern. Sie sind sozusagen das Paradestück für den, der nach den zuverlässigsten Kirchenbesuchern Ausschau hält. Ihre Umwelt ist weithin in sich verkapselt, nir-

gendwo ist das Gewicht der Tradition so groß wie bei ihnen. Aber wie bestürzend: diese Bauern, geborgen und ohne leiblichen Nöte, sollten die besten Christen sein? Und die Rentner, oftmals Hungerleider auf Staatskosten, die sollten die schlechtesten sein? Die Umfrage beweist es. Sie sind am wenigsten an der Kommunionbank, sie blicken den Priester am meisten scheel an. Und die Landarbeiter: oft Flüchtlinge, aus besseren Tagen ins Knechtsdasein gestoßen, hoffnungslos, den Anschluß ans frühere gewohnte Leben zu gewinnen. Auch sie heben weithin die Faust gegen die Kirche. Galt die Kirche nicht als die Zuflucht aller Bedrängten? Wie erschreckend, daß von dieser Anziehungskraft so viel verloren zu sein scheint“.

Eine sehr positive Beantwortung fand die Frage nach dem Einfluß der Geistlichen in ihrer Gemeinde. 72,2% der Befragten hatten den Eindruck, daß die Geistlichen mit ihrer Gemeinde leben. 58,9% waren der Ansicht, daß die Geistlichen in ihrer Gemeinde gehört werden, weitere 10% maßen ihrem Wort sogar einen sehr starken Einfluß bei. Das Leben der Geistlichen wurde am positivsten von den Bauern, am negativsten von den Angehörigen der freien Berufe und den Angestellten beurteilt. Drei Viertel der katholischen Arbeiter (72,9%) waren mit ihnen zufrieden.

Durch eine Frage wurden die Beantworter angeregt, sich darüber zu äußern, welche Einrichtungen der Kirche ihrer Meinung nach der Reform bedürfen. Geordnet nach der Häufigkeit der Antworten geben wir mit den „Ruhr-Nachrichten“ die Beanstandungen wieder: Es seien reformbedürftig 1. der Zwang zu allem, 2. alle Einrichtungen, 3. die dogmatische Natur der Kirche, vor allem in der Ehescheidungsfrage, 4. Jugenderziehung und Organisation, 5. die Ohrenbeichte, 6. der politische Einfluß der Kirche, 7. mangelnde kirchliche Tätigkeit in der sozialen Fürsorge, 8. der Wiederaufbau der Kirchen, bevor die Wohnungen wieder aufgebaut sind, 9. die mangelnde Zusammenarbeit der Kirche mit der Schule, 10. das frühe Alter der ersten Kommunion, 11. die zu geringe Sorge der Kirche für die Flüchtlinge und Kriegsversehrten, 12. die zu seltenen Gemeindebesuche der Geistlichen, 13. das Gepränge der Liturgie (besonders Wallfahrten und Prozessionen), 14. der Grundbesitz der Kirche, die zu hohe Kirchensteuer und die zu großen Pfarrhäuser, 15. die Einmischung der Kirche in sportliche Dinge, 16. die Tatsache, daß man ohne seine persönliche Entscheidung der Kirche einverleibt wird, 17. das Zurückbleiben der Gesellenvereine hinter dem Ideal des Gründers. Mit diesen Beanstandungen glauben wir, unsern Lesern einen Katalog derjenigen Erscheinungen der Kirche und des kirchlichen Lebens in die Hand zu geben, auf die bei der kirchlichen Verkündigung im Hinblick auf das unausgesprochene Vorurteil vieler unserer Gläubigen (denn es handelt sich ja bei den Befragten um Katholiken!) besondere Rücksicht genommen werden muß und die zum Teil uns auch immer wieder zu eigener Gewissenserforschung anregen müssen.

Statistische Angaben zur Flüchtlingsfrage Ein Nachtrag zu den Überlegungen in der Arbeitsgemeinschaft „Heimat, Heimstätte und Arbeit“ auf dem Vertretertag des 73. Deutschen Katholikentages in Bochum ist die soeben veröffentlichte Denkschrift des Katholischen Flüchtlingsbeirates.

Oberpräsident a. D. Dr. Lukaschek, der jetzige Bundesminister für Flüchtlingsfragen, wies in Bochum bereits auf den Bericht hin, der Vorschläge für die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen enthält. Ferner sind hier

erstmalig ganz konkrete Angaben für die erforderlichen finanziellen Aufwendungen enthalten.

Zunächst wird ein erschütterndes Bild der Auswirkungen einer der größten Tragödien der Geschichte gegeben. Durch die Austreibung aus den Gebieten östlich der Oder und Neisse, aus dem Sudetenland und dem Südosten kamen etwa 12 Millionen Deutsche in das verbliebene deutsche Land. Etwa 3,5 Millionen Deutsche sind bei der Flucht umgekommen, wurden verschleppt oder werden noch zu Zwangsarbeiten zurückgehalten. Das den Heimatvertriebenen bei der Ausweisung abgenommene Vermögen wird dem Vorkriegswert entsprechend auf 100 Milliarden Mark geschätzt.

Etwa 7,4 Millionen der Vertriebenen kamen in das Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland. In diesem Gebiet, das durch den Krieg mehr als 2,5 Millionen Wohnungen verloren hat, leben aber neben der eingesessenen Bevölkerung und den Ostvertriebenen noch etwa 1,5 Millionen Evakuierte aus der Kriegszeit und rund eine Million Menschen, die aus politischen Gründen von der Sowjetzone nach dem Westen flüchteten.

Zur sozialen Lage der Ostvertriebenen betont der Bericht, daß Ende Juni 1949 6,3 v. H. der Heimatvertriebenen gegenüber 2,3 v. H. der einheimischen Bevölkerung arbeitslos waren. Von denen, die in Arbeit standen, war ein großer Teil berufsfremd eingesetzt. Die Ostvertriebenen machen 14,8 v. H. der Einwohnerschaft der jetzigen Bundesrepublik Deutschland aus. In der britisch-amerikanischen Zone waren 36 v. H. der Arbeitslosen Heimatvertriebene.

Die deutschen Länder und Gemeinden haben, der hier erstmalig gegebenen Übersicht zufolge, bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit versucht, den dringendsten Anforderungen gerecht zu werden. Die direkten Flüchtlingskosten betragen in den 11 westdeutschen Ländern bis zum 30. Juni 1949 fast 4 Milliarden RM/DM. Die indirekten Flüchtlingskosten (zusätzliche Belastung auf fast allen Verwaltungsgebieten) lassen sich statistisch gar nicht erfassen. Die kirchlichen Hilfeinrichtungen wie die freien Wohlfahrtsverbände haben Uberragendes geleistet, und die Kirchen nahmen sich ganz besonders des Siedlungswerkes an. Der Bericht vermerkt auch die private Hilfeleistung des Auslandes, vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika. Festgestellt wird jedoch, daß alle diese bisherigen Hilfeleistungen nur einen Bruchteil dessen tun konnten, was für die Bewältigung dieser in der Weltgeschichte einmaligen Aufgabe notwendig gewesen wäre. Dann werden die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen angegeben. Wörtlich heißt es: „Es kann nicht das Ziel einer deutschen Flüchtlingspolitik sein, in Unterstützungen Fürsorgehilfe zu leisten, es muß vielmehr danach getrachtet werden, die Vertriebenen zu einem möglichst hohen Anteil wirtschaftlich in Westdeutschland einzugliedern“. Der Bericht beziffert dann die hierfür erforderlichen Mittel:

Investitionsbedarf für die gewerbliche Wirtschaft

Kleinindustrie	0,5 Mrd. DM	
Handwerk	1,5 " "	
Handel	2,0 " "	4,0 Mrd. DM

Investitionsbedarf für die Landwirtschaft	2,7 " "
Investitionsbedarf für Wohnungsbau	16,5 " "
Beschaffung der Wohnungseinrichtungen	3,5 " "
Kosten der Umsiedlung	1,0 " "
Gesamter Kapitalaufwand	27,7 Mrd. DM

Der Bericht schließt mit der Feststellung: „Das Bestreben aller Kräfte muß darauf gerichtet werden, Europa gesunden zu lassen. Es darf nicht dazu kommen, daß eine soziale Katastrophe in Deutschland diese Bestrebungen zunichte macht. Deshalb muß es möglich gemacht werden, die Heimatvertriebenen wirtschaftlich einzugliedern. Nur dadurch auch kann die Befriedung und Stärkung Westeuropas erreicht werden. Diese Eingliederung der Heimatvertriebenen bedeutet nicht, daß Deutschland auf die friedliche Wiedererlangung der abgetrennten Gebiete verzichtet. Es soll aber erreicht werden, daß — unbeschadet der endgültigen Bestimmungen der Friedensverträge — das wirtschaftliche Arbeits- und Produktionspotential der Flüchtlinge in seiner Lebenskraft wiederhergestellt und in jeder Gemeinschaft selbsttragend wird“.

Die Frau im Erwerbsleben

Einer der ergebnisreichsten Arbeitskreise des Bochumer Katholikentages beschäftigte sich mit den gesellschaftspolitischen, psychologischen und religiös-sittlichen Problemen, die sich aus dem Umfang und der ständigen Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit ergeben (vgl. unseren Bericht in diesem Heft Seite 36).

Der Arbeit lag ein umfangreiches statistisches Material zu Grunde, aus dem wir zur Ergänzung unseres Berichtes folgende Zahlen mitteilen:

Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet der Bizone waren am 30. 6. 1949 insgesamt 12 119 000 Personen beschäftigt, davon 3 552 000 (29,3%) Frauen. Die meisten von ihnen arbeiteten in Nordrhein-Westfalen (1 073 000) und in Bayern (805 000). In diesem Lande ist auch ihr relativer Anteil an der arbeitenden Bevölkerung (33%) am höchsten. Dann folgt Württemberg-Baden mit einem relativen Anteil von 32,2%.

Diese Zahlen werden noch eindrucksvoller wirken, wenn man sich anhand der folgenden statistischen Angaben die ständige Zunahme der arbeitenden Frauen vor Augen führt, die auch durch die gegenwärtige Beschäftigungskrise nicht aufgehalten wurde. In Nordrhein-Westfalen gab es 1938, bei einem weit größeren Produktionsvolumen in der Industrie, im ganzen 1 017 000 beschäftigte Frauen. Diese Zahl fiel nach dem Kriege zunächst stark ab, erreichte aber 1948 bereits wieder den Stand von 952 000 und am 30. 6. 1949 einen Höchststand von 1 073 000. Im gesamten Vereinigten Wirtschaftsgebiet hat sich die Zahl der arbeitenden Frauen seit dem 30. 6. 1948 um 116 000 (3 1/2%) vermehrt, während die Zahl der arbeitenden Männer zurückgegangen ist.

Von Wichtigkeit ist eine Aufschlüsselung dieser Zahlen nach den einzelnen Berufen. 11% der arbeitenden Frauen in der Bizone waren in der Landwirtschaft, 36,3% in Industrie und Gewerbe, 17,9% in öffentlichen Diensten und nur 15,8% als Hausangestellte beschäftigt. Interessant ist auch die Entwicklung dieser Berufsverteilung, die sich für Nordrhein-Westfalen verfolgen läßt. Dort gab es 1938 37 000 landwirtschaftliche weibliche Arbeiterinnen, 1949 waren es 61 000. Auch in der Industrie verläuft die Entwicklung steigend: 1938 379 000, 1949 431 000 beschäftigte Frauen. Ihre Anteilnahme am öffentlichen Dienst in diesem Lande ist um fast 90% gestiegen (1938: 102 000, 1949: 187 000). Ein ganz scharfer Rückgang ist in der Hauswirtschaft zu verzeichnen. 1938 gab es 279 000 weibliche Hausangestellte, 1949 nur noch 186 000. Die Beschäftigungszah-

len in Handel und Verkehr sind geringfügig gesunken (210 000 gegen 220 000 im Jahre 1938).

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit unter den beschäftigungssuchenden Frauen veranschaulichen folgende Zahlen nach dem Stichtag vom 15. 6. 1949. Damals waren in der Bizone 348 000 Frauen arbeitslos, relativ die meisten in Schleswig-Holstein (52 000 oder 25% der insgesamt beschäftigten Frauen), in Niedersachsen (67 000 oder 12,5%) und in Bayern (103 000 oder 12,8%). In diesen Zahlen drückt sich selbstverständlich das Flüchtlingsproblem aus. Von den arbeitslosen Frauen gehören 20,3% zur Klasse der Büroangestellten und, was sehr verwunderlich ist, 15,8% zu den Hausgehilfinnen. Diese beiden Gruppen stellen zusammen 123 000 Arbeitslose. Gleichzeitig gab es in der Bizone 60 000 offene Stellen für Frauen. Diese anscheinend so gegensätzlichen Zahlen zeigen, daß die Arbeitsbeschaffung unter anderem auch eine Frage des Standortes ist. Ganz besonders deutlich wird das bei den Hausgehilfinnen.

Zu dem statistischen Material gehört auch eine Altersstatistik für das Land Nordrhein-Westfalen, aus der sich die Verteilung des Frauenüberschusses auf die einzelnen Altersgruppen ersehen läßt, die selbstverständlich eine starke Auswirkung auf die Zunahme der berufstätigen Frauen hat. In Nordrhein-Westfalen kommen auf je 100 Männer im Alter von 35 bis 40 Jahren 147,2 Frauen, in den Altersgruppen 28 bis 35 166, 25 bis 28 174,4, 21 bis 25 176,1, 18 bis 21 127,8, 16 bis 18 99 und 14 bis 16 98.

Die Kirche und der deutsche Wiederaufbau Zu den auf dem Deutschen Katholikentag in Bochum gefaßten Beschlüssen gab der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, folgende Erklärung ab:

Familie und Ehe

„Die Familie zu schützen, zu stärken, zu erneuern wird eine Hauptaufgabe aller überzeugten Christen unserer Tage sein müssen. Wir werden die Ehegesetzgebung, die der Bundestag treffen wird, scharf ins Auge fassen müssen, daß nicht das Eheband weiter gelockert, im Gegenteil gemäß den Lehren unseres hl. Glaubens neu bestärkt und gefestigt werde.

Wohnung und Siedlung

Wir werden alles tun müssen, daß der Wohnungsbau gefördert wird, denn ohne gesunde Wohnverhältnisse ist ein gesundes Familienleben fast unmöglich. Die Kirche hat schon gleich nach dem Zusammenbruch auf dieses Problem nachdrücklich hingewiesen und sich bereit erklärt, auch mit kirchlichen Grundstücken zur Siedlung zu verhelfen. Wir haben in der Stille gearbeitet, heute aber kann ich sagen, daß inzwischen in der Erzdiözese Köln an den verschiedenen Stellen 800 Siedlerhäuser auf kirchlichem Grund in Arbeit genommen sind. Nicht als ob es die eigentliche Aufgabe der Kirche wäre, dieser Not abzuhelpen; Wohnungen zu bauen ist vielmehr Sache der privaten Wirtschaft; und wo diese nicht ausreicht, ist es Sache des Staates, helfend einzugreifen. Die Kirche wollte nur auf das Problem hinweisen, einen Anstoß geben, ein Beispiel aufstellen.

Das Mitbestimmungsrecht

Ein gewisses Aufsehen hat die Bochumer Katholikentags-Resolution über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitneh-

mer gemacht. Es verrät in der Tat eine große soziale Aufgeschlossenheit der Unternehmer, daß sie dieser Formulierung zugestimmt, ja, daß sie selbst diese vorge schlagen haben. Das Problem ist allerdings so kompliziert und andererseits die Resolution so lapidar und allgemein, daß sie, um Mißverständnissen zu entgehen, eines Kommentars bedarf. Wenn in der Resolution das Mitbestimmungsrecht ein „natürliches Recht in gottgewollter Ordnung“ genannt wird, so ist damit gemeint eine hohe natürliche Angemessenheit, der man sich beim heutigen Stand der Entwicklung nicht mehr grundsätzlich widersetzen kann. Wenn von einem Mitbestimmungsrecht auf sozialem, personalem und wirtschaftlichem Gebiet die Rede ist, so soll damit nicht gesagt sein, daß das Recht auf diesen drei Gebieten gleich ausgedehnt oder gar auf jedem Gebiet uneingeschränkt sein solle. Das verbietet schon die wirtschaftliche Vernunft. In der Abwicklung der laufenden Geschäfte muß die Betriebsleitung unabhängig sein, wenn der Betrieb selbst arbeitsfähig und dadurch auch für die Arbeitnehmer ertragreich sein soll. Eine wirtschaftliche Mitbestimmung könnte z. B. bei Aktiengesellschaften dadurch gegeben werden, daß einzelne Arbeiter in den Aufsichtsrat aufgenommen werden, bei andern Betrieben durch eine weitergehende Durchleuchtung der Rentabilität. Vor allem muß den Arbeitnehmern dann ein Mitsprecherrecht eingeräumt werden, wenn etwa ein Werk geschlossen werden soll und die Existenz von hunderten oder tausenden von Arbeitnehmern auf dem Spiele steht.

Die gesetzliche Einführung des Mitbestimmungsrechtes kann nicht eine Sache von heute auf morgen, sondern muß der Schlußpunkt einer längeren Entwicklung sein, in der die Formen und Auswirkungen der Mitbestimmung auf den drei verschiedenen Gebieten —, in den verschiedenen Arten von Betrieben wie Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb, vom Eigentümer selbst geführte oder anonyme Betriebe, — bei guter und schlechter Konjunktur ausprobiert worden sind. Die Experimente sozialer Art in England mahnen zur Vorsicht. Die Richtung ist klar vorgezeichnet, Ansätze für das Mitbestimmungsrecht sind in großer Zahl gegeben, aber der Weg ist noch weit. Das Gleiche gilt von der Durchführung der berufsständisch-leistungsgemeinschaftlichen Ordnung. Die vom Hl. Vater Pius XI. gegebene Idee ist großartig, und sie erobert sich mehr und mehr Anerkennung. Ansätze sind in großer Zahl gegeben. Aber wie Rom nicht an einem Tage erbaut wurde, so bedarf auch die Durchführung dieser wahrhaft revolutionierenden Idee ihrer Zeit“.

Internationale Werkwoche katholischer Publizisten

Im Anschluß an den Katholikentag fand in Bonn die zweite Werkwoche der Publizisten statt, die vom Sachaus schuß Presse des Diözesankomitees der Erzdiözese Köln in Verbindung mit der Gesellschaft katholischer Publizisten veranstaltet wurde. Wiederum waren, wie im Vorjahr, Gäste aus England, Holland, Belgien, Frankreich, Spanien und der Schweiz erschienen. In einer Pontifikalmesse hielt Kardinal Frings eine Ansprache, worin er die Forderung aussprach, daß die katholische Presse in ihrer journalistischen Gestaltung vorbildlich oder doch wenigstens ebenbürtig werden müsse. Vornehmste Aufgabe des katholischen Journalisten sei der Dienst an der Wahrheit, und sein oberster Grundsatz: „Nec laudibus nec timore!“ Kardinal Frings wandte sich dagegen, daß in der Presse lebenswichtige Fragen Deutschlands und Europas

totgeschwiegen werden, so daß z. B. die Austreibung von 12 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat in gewissen Ländern kaum bekannt ist.

Wichtige Referate hielten im Verlauf der Bonner Tage Professor Dr. Hirschmann, Büren, über „Freiheit und Ordnung, ihre theologische Grundlage und publizistische Verwirklichung“ und Hauptschriftleiter Dr. Otto Roegele, Koblenz, über „Absicht und Wirkung in der Publizistik“. Professor Hirschmann begründete die Forderung nach Freiheit für die Presse, der aber die Freiheit des Lesers entsprechen müsse. Viele Männer der Presse verfallen allzu bedenkenlos der Versuchung, die Meinung des Lesers durch Sensation und Demagogie tyrannisieren zu wollen. Die katholische Presse dürfe in dieser Beziehung die Konkurrenz nicht etwa mit gleichen Waffen schlagen wollen. Dadurch würden die Gegensätze nur immer mehr verhärtet werden. Der Referent wandte auch die berufstädtische Idee auf die Presse an und begründete ihr Eigenrecht im Staate. Er forderte für sie eine weitgehende Selbstverwaltung und Selbstkontrolle in ihren eigenen Angelegenheiten. Hirschmann machte auch einige treffende Bemerkungen über Stil und Aufmachung der katholischen Zeitung. Man soll die Ehrfurcht vor dem Heiligen und eine aufrichtige Menschlichkeit bis ins Äußere hinein fühlen lassen.

Dr. Roegele warf die Frage auf, die Professor Dovifat bei der vorjährigen Werkwoche gestellt hatte: „Haben wir als katholische Publizisten die Aufgabe und Absicht, das Wort Gottes zu verkünden?“ Er kam zu dem Bekenntnis, daß die katholische Publizistik letzten Endes dafür da ist, der Erneuerung des Menschen im Heiligen Geist zu dienen. Sonst ist sie keine katholische Publizistik.

Der deutsche Vertreter des NCWC News-Service, der amerikanische Journalist Max Jordan, erhob die Forderung, daß durch die ganze katholische Presse der Welt eine einzige Linie zu erkennen sein müsse, die „Frontlinie des christlichen Gewissens“. Er vertrat die Auffassung, daß eine gewisse Vereinheitlichung oder wenigstens eine intensive Zusammenarbeit der katholischen Presse in allen Ländern sehr wünschenswert sei. Dr. Walter Frings, Köln, bot in einem Vortrag über die moderne Nachrichtentechnik im Rundfunk wertvolle Anregungen zur Verbesserung unserer Nachrichtentechnik.

Die Tagung atmete den Geist tief religiöser Verantwortung, der besonders in der gemeinsamen Feier des heiligen Opfers seinen Ausdruck fand. Aus diesem Geist wurde auch der Beschluß gefaßt, in gegenseitiger Hilfsbereitschaft sich die Arbeit zu erleichtern und notleidenden Berufsgenossen nach Kräften beizustehen. Nachrichten, die der Besetzung freier Stellen dienen können, sollen an die Geschäftsstelle des Sachausschusses Presse in Köln, Breite Straße 108, gerichtet werden. Über die vorjährige Werkwoche wurde der vollständige Bericht vorgelegt, der unter dem Titel: „Katholisches Leben und publizistische Verantwortung“ im Verlag Kerle, Heidelberg, erschienen ist. Ferner wurde beschlossen, daß die Gesellschaft katholischer Publizisten sich an der internationalen Romfahrt der katholischen Presse aller Länder im Heiligen Jahr beteiligen will.

Das Abendland und die Christenheit

Auf der Wasserburg Gemen bei Borcken (Westfalen) fand vom 1.—7. August das zweite internationale Treffen katholischer Studenten aus allen westeuropäischen Nationen statt. Das

Treffen stand unter dem Leitwort „Das Abendland und die Christenheit der Zukunft“. Um dieses Thema kreisten die Referate, die von bekannten katholischen Persönlichkeiten des In- und Auslandes gehalten wurden. Anschließend Diskussionen gingen in fruchtbarem Austausch auf Fragen und Probleme der internationalen Zuhörerschaft ein, die aus dem gemeinsamen Glauben die gleiche Lebenshaltung und -formung zu finden suchte.

Das Abendland

Zunächst mußte das Wesen dessen, was man „Abendland“ nennt, umrissen werden, wozu Prof. Alois Dempf, München, besonders berufen war. Der Begriff des Abendlandes leitet sich eben von dem gemeinsamen Kulturgut des Christentums her, und auch heute gilt es, den Geist der westlichen Christenheit, der der Inhalt der abendländischen Geschichte gewesen ist, zu bewahren und als heiliges Gut weiterzugeben. Sieben „Plagen“ haben allerdings nach Prof. Dempf diese abendländische Christenheit stets bedroht: Nationalismus, Konfessionalismus, Bürokratismus, Technokratie, Okonomismus, Fatalismus und Nihilismus. Diese Krankheiten gilt es zu besiegen aus echter Besinnung auf den eigentlichen Geist des Abendlandes und seine Sendung.

Asien und die Asiaten

Hatte so der einleitende Vortrag von Prof. Dempf die Einheit: Abendland - westliche Christenheit aufgezeigt, so trat dieser in zwei weiteren Vorträgen die Begrenzung und Ergänzung durch den Osten gegenüber. Prof. Ohm, Münster, sprach über „Das Christentum des Ostens, des Westens und das Christentum der Zukunft“ und Prof. Benz, Marburg, über „Das Abendland und die Christenheit der Zukunft vom Stand und der geschichtlichen Entwicklung der Ostkirche aus“. Asien, die Urheimat des Christentums, wird vielleicht in der Zukunft das westliche Christentum ergänzen müssen, um es zu bereichern und zu erweitern aus jenem nichtrationalen Geist, der dem Osten eigentümlich ist. Dies war der Gedankengang Prof. Ohms. Er erhofft viel von der kontemplativen Anlage des Asiaten, seiner Begabung zur Mystik. Er stellte die typischen Züge des Asiaten denen des Europäers entgegen, der mit seiner Weltzugewandtheit auch die typische Krankheit der Kirche in unserer Zeit verschuldet habe, ihre Säkularisierung. Die Frömmigkeit des Europäers erscheint ihm egoistisch. Der Asiate identifiziert nicht Gott und Welt. Er hält Zwiesprache mit Gott; der Europäer redet zu Gott, anstatt Gott reden zu lassen. Er strebt zur Liebe, der Asiate dagegen steht in der Liebe, er ist sanftmütig. Nach Prof. Ohms Ansicht wird zwar die Entscheidung des Christentums nicht in Asien fallen, wohl aber durch die Bekehrung Asiens geschehen, da sich die Religiosität des Abendlandes durch die Asiens erneuern müsse. Die Zukunft gehöre also der Fülle, dem Alten und dem Neuen, Asien und Europa.

Rußland und die Ostkirche

Prof. Benz sprach über Rußland und die Ostkirche. Er betonte, daß Rußland nicht Asien sei, daß sein Christentum vielmehr von abendländischer Mystik, sowohl katholischer wie protestantischer, immer wieder befruchtet worden sei. Außerdem könne man auch eine gewisse Parallele in der Entwicklung der östlichen und der westlichen Kirche feststellen. In der östlichen wie der westlichen Welt breiten sich Atheismus und Nihilismus aus, ein gleicher Grund für

die gleiche Krise scheint in beiden zu liegen. Schließlich handelt es sich also nicht um die Frage: slawisches oder abendländisches Christentum, sondern um die Verwirklichung des Evangeliums in der menschlichen Gemeinschaft hier wie dort.

Der Begriff des Akademischen

In einer Klärung der Ideen Abendland, Christentum, Zukunft vor Studenten hat auch eine Betrachtung über den Begriff des „Akademischen“, wie sie Prof. Jos. Pieper, Münster, gab, ihren Platz, insofern die „Akademie“ als die Urstätte der Philosophie den Faden der Tradition angesponnen hat, den noch heute die abendländische Intelligenz weiterzuspinnen berufen ist. Das Philosophische als das rein Theoretische ist ja die geistige Eigenart des Abendländers. Es ist von zwei Gefahren bedroht, der des Funktionarismus und der des Sophistentums. Heute erscheint die erste in Gestalt der Politisierung der Universität, die andere in der einer rein formal ästhetischen Bildung. Zur Substanz des Akademischen gehört dagegen die Verehrung; nur verehrend ist die Theoria, die Anschauung des Seins möglich.

England, Frankreich, Amerika

Auf diese grundsätzlichen Darlegungen folgten dann Darstellungen des abendländisch-christlichen Geistes in den entscheidenden Ländern des Abendlandes, England und Frankreich, und des geistigen Abkömmlings, Amerika. Den englischen Katholizismus in seiner Lauheit beim Durchschnitt und mit seinen großen christlichen Autoren wie Christopher Dawson und Graham Greene zeichnete Father Coplestone SJ. Die Tiefe des religiösen Bewußtseins ist in ganz England, welcher Konfession es auch angehöre, verloren gegangen, in den breiten Schichten vor allem durch die Industrialisierung und im Gefolge des Unglaubens der Wissenschaftler. Die Erneuerung könne in England, so meint F. Coplestone, nur von den Intellektuellen ausgehen.

„Amerika und seine Stellung zu Europa“ wurde von Frau Prof. Lockau, New York, dargestellt. Amerika, obwohl hervorgegangen aus Zuströmen von allen europäischen Ländern, war auf dem Punkt angekommen, das Interesse an Europa zu verlieren und sich selber genug zu sein. Erst durch den Gegensatz zwischen der Welt des Ostens und der des Westens sei Amerika in den letzten Jahren wieder zu der Erkenntnis gekommen, wie wichtig die Vorgänge im abendländischen Westen seien. Die Schaffung einer Einheit mit dem christlichen Abendland werde jetzt als unumgänglich notwendig angesehen und von den Amerikanern als eine zwingende Verpflichtung in dem weltanschaulichen Konflikt zwischen Ost und West aufgefaßt.

Über den „Beitrag Frankreichs zum abendländischen Christentum von heute“ berichtete Abbé Paul Noé, Marseille. Die stolze christliche Vergangenheit der Nation, die Störung des Gleichgewichts zwischen Vernunft und Glaube seit der Renaissance, die allmähliche Schwächung des Glaubens in der Masse bildeten den Gegenstand des ersten Teils seines Vortrags. Dann schilderte er das Ringen der Kirche um die Wiedergewinnung der Massen in der Gegenwart mit all ihren neuen Methoden, vor allem aber mit ihrem neuen Geist. Die Zukunft des Glaubens in Frankreich erscheint Abbé Noé gesichert, wenn sich die Kirche nicht mehr auf die Kultur stützt, sondern allein auf das Evangelium.

Die Welt als Ganzes

Der Schlußvortrag der Tagung, den Prof. Lenz-Medoc, Paris, hielt, verließ den Bereich des Abendlandes und erweiterte den Blick auf die gesamte Welt, wie es im Wesen des Katholischen liegt. Sein Thema lautete: „Weltbewußtsein und Glaube“. Er wies den Weg auf, den die Menschheit gehen müsse, um zu einem Weltbewußtsein zu kommen, da die Welt geographisch heute eine Einheit geworden sei. In einer solchen Welt kann das Kreuz überall aufgerichtet werden, wo es bisher nicht gewesen ist. Weltbewußtsein und Glaube treffen also zusammen. Die Bekehrung der Welt, auf die der Christ nun hinarbeiten muß, vollzieht sich allerdings anders als die frühere Heidenbekehrung, da das neue Heidentum aus Determinismus und Scientismus hervorgegangen ist. Der moderne Mensch muß vom Ethischen her angesprochen werden, von da aus geht es ins Religiöse weiter. Wichtig ist aber die Ordnung der geistigen Werte, über alles Fachwissen hinaus. In der rechten Ordnung steht eines höher und eines tiefer, alles aber ist wunderbar miteinander verbunden, und Ost und West ruhen im Wesen Seiner Herrlichkeit.

Der Bischof von Münster, Msgr. Michael Keller, wies in seiner Schlußansprache noch einmal auf diese Gemeinschaft der Nationen im Glauben hin und nannte das echte Verstehenwollen unter den Völkern das fruchtbare Ergebnis dieser Tagung.

Der Katholische Deutsche Studententag 1949 in Heidelberg

Vom 8. bis 12. August fand in Heidelberg der dritte Jahrestag der 1946 neu gegründeten Katholischen Deutschen Studenten-Einigung statt. Das Thema der Tagung lautete: „Staat und Gesellschaft — unsere Verantwortung“. 320 Vertreter aus allen Hochschulgemeinden und etwa 40 ausländische Gäste aus 3 Erdteilen, z. T. als Vertreter der „Pax Romana“, der die Katholische Deutsche Studenten-Einigung auch angehört (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 9, S. 381), nahmen an der Zusammenkunft teil.

Christliche Grundlegung des Politischen

Man hatte als Referenten für das entscheidende Thema zur Grundlegung des politischen Einsatzes Walter Dirks, den Herausgeber der „Frankfurter Hefte“, gebeten, der seinen Vortrag „Zur christlichen Grundlegung des Politischen“ nannte. Politik ist unser Schicksal: das war seine Ausgangsthese, und da dies so ist, muß natürlich gerade der Christ aus seinem Gewissen heraus politische Verantwortung fühlen. Eine christliche Politik läßt sich freilich nicht rein aus den Leitsätzen und Formeln ableiten, sondern die gottgegebene Norm muß sich in einer sich entscheidenden Persönlichkeit einer bestimmten Lage gemäß entfalten und die gegebene Wirklichkeit gestalten. Sie wird einmal bewahrend und stützend, dann wieder immer neue, situationsbedingte Entscheidungen wagend auftreten müssen. Allzulange hat der Katholik an überkommenen Formen festgehalten: diesen Vorwurf wird man ihm nicht ersparen können. Handelt er wirklich aus dem Raum des Reiches Gottes heraus, heißt seine Politik helfender Dienst am Bruder, so bedeutet das wohl dem Hungernden Brot geben, aber vor allem auch, für eine Ordnung kämpfen, die den Hunger möglichst abschafft. Um diesen Kampf zu kämpfen, muß der Christ alle Herzensträgheit abstreifen und jederzeit bereit sein, auch wenn sich der Erfolg nicht absehen läßt.

Christ und Gesellschaft

Auch der zweite Redner der Tagung, Studentenseelsorger Professor Richard Hauser, betonte in seinem Vortrag „Der Christ in der Gesellschaft“ die Verantwortung eines jeden im gesellschaftlichen Ganzen, jene Bezogenheit aufs Ganze, die eine jedem Menschen gegebene Naturanlage ist. Aber diese muß richtig verstanden werden als die Doppelwahrheit von der Bezogenheit der Glieder aufs Ganze, doch auch wieder des Ganzen auf die Glieder. So besteht denn auch das Gemeinwohl in der Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens für jeden. Prof. Hauser betonte, daß für den christlichen Soziologen das Gesetz der Solidarität den seinsmäßigen Vorrang der Person und ihrer Werte ausspreche, das Prinzip der Subsidiarität aber lediglich die ergänzende Hilfeleistung einer übergeordneten Gemeinschaft bedeute, einer Gemeinschaft, die nur das tun soll, was die unteren Einheiten nicht tun können. Autorität aber als leitende Gewalt ist verantwortlich dem Ganzen gegenüber und an das Recht gebunden. Gerade heute muß der Christ hier zu scheiden verstehen. Die Gefahr einer Staatsvergötzung droht allenthalben. Aber in Wahrheit muß der Mensch Ziel und Zweck der Wirtschaft und der Politik bleiben. Nur auf dieser Basis kann eine Neuordnung der Gesellschaft zum Guten führen. Diese muß mit einem leidenschaftlichen Willen zur Gerechtigkeit erstrebt und mit den christlichen Kräften der echten Caritas gestützt werden.

Die Akademikerin im öffentlichen Leben

Frau Maria Schlüter-Hermkes sprach über „Das Wirken der Akademikerin im öffentlichen Leben“, d. h. über die besondere Aufgabe der akademisch gebildeten Frau im politischen Raum, zu der christliche Verantwortung diejenigen verpflichte, die dazu geeignet seien.

Unsere Aufgabe im neuen Staat

Die Reihe der Referate beschloß der Vortrag von Prof. Dr. Dovifat, Berlin, über „Unsere Aufgabe im neuen Staat“, die Gedanken der Vorredner noch einmal aufgreifend und zu praktischer Verwirklichung anfeuernd. Er mahnte dazu, da Macht nun einmal unausweichlich mit dem Bereich des Politischen verknüpft ist, diese Macht zu entdämonisieren: nicht als leicht pharisäerhafter Eremit den Einsatz in der Welt zu fliehen, nicht klug egoistisch nur an die eigene Rettung zu denken, nicht als geistiger Feinschmecker im rein Ideellen den Sieg des Humanitären zu genießen, sondern es als eine Gewissenspflicht des Katholiken zu erkennen, im politischen Bereich die vier Kardinaltugenden und auch die Tugend der Nächstenliebe einzusetzen.

Zweiter neudeutscher Studententag in Fulda

Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des ehemaligen katholischen Schülerbundes Neudeutschland trafen sich in Fulda vom 31. Juli bis 3. August d. J. über 250 neudeutsche Studenten als Vertreter aus allen deutschen Universitäten und Hochschulen. Während gleichzeitig die neudeutsche Jugendgemeinschaft ihr traditionelles Zeltlager abhielt, das von annähernd 3000 Jungen besucht wurde, beschäftigten sich die Studenten in Referaten, Aussprache- und Arbeitskreisen mit der Reform ihres studentischen Gemeinschaftslebens und ihrer Verantwortung als junger katholischer Generation gegenüber Gesellschaft und Staat.

Mit der Fuldaer Tagung kann der innere und organisatorische Aufbau des neudeutschen Hochschulringes als beendet angesehen werden. Die sehr realistische und nüchterne Kriegs- und Heimkehrergeneration hat mit echtem Gemeinschaftswillen diesen Aufbau betrieben und allen Widerständen zum Trotz durchgesetzt, nicht zuletzt auch, um ihren jüngeren, nun wieder direkt von der Schule kommenden Brüdern eine Heimat an der Hochschule zu schaffen. Wenn man das Korporationswesen als unecht, unzeitgemäß, ja sozial gefährlich ablehnen muß, so bleibt kein anderer Weg als der zu neuen Inhalten und Formen des persönlichen und geselligen Studentenlebens. Inhalte bot die Religiosität und natürliche Lebensbejahung der neudeutschen Jugendbewegung, die nur der studentischen Umwelt angepaßt zu werden brauchte. Vor allem jedoch wurde erkannt und ausgesprochen, daß es ganz unmöglich sein werde, sich jemals wieder den Luxus eines unpolitischen Lebens leisten zu können. Der ganze Bereich der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Wirklichkeit wurde daher in das Aufgabenfeld der theoretischen und praktischen Betätigung des neudeutschen Studenten mit einbezogen mit dem Ziel, auf ein politisch verantwortliches Leben vorzubereiten. Beteiligung an der studentischen Selbstverwaltung, Teilnahme an Katholikentagen, Zusammenarbeit mit der katholischen Arbeiterjugend in politischen und sozialen Arbeitskreisen, Stellung von Referenten an andere katholische Organisationen wurden für verbindlich erklärt.

Das Erziehungsprogramm des neudeutschen Hochschulringes will außerdem den Studenten auch mit den Umgangsformen der großen Welt bekannt machen, jedoch aus jener Echtheit und Natürlichkeit heraus, die er als das kostbarste Erbe der Jugendbewegung in einer materialisierten und verhärteten Welt ansieht.

Tagung für katholische Heilpädagogik in Bonn

Die biologische und charakterologische Schädigung der Jugend ist eines der hervorstechendsten Merkmale, die als Folge der Kriegs- und Nachkriegser-schütterungen die Erziehungsaufgaben der Gegenwart bestimmen. Wer da helfen und heilen will, wird sich zunächst um ein zutreffendes Zustandsbild bemühen müssen; aber er wird dabei sehr bald auf die Wesensfragen von Krankheit und Gesundheit stoßen. Von der Antwort auf die Wesensfragen sind schließlich die Fragen der Methode und der Technik abhängig. Die Wesensfragen ihrerseits führen ins Gebiet der Metaphysik oder, besser, der Theologie und der theologischen Anthropologie. Wirklich heilen und helfen kann darum nur derjenige, der bis zu den anthropologischen Voraussetzungen seines Arbeitsfeldes vorgedrungen ist; ja ohne diese theoretische Vorarbeit kann er nicht einmal Krankheit und Schädigung als „Erscheinung“ richtig beurteilen. Es wäre ein Verhängnis, wollten wir der nach Art und Intensität einzigartigen Schädigung unserer heutigen Jugend mit einfachen „Praktiken“ begegnen, ohne in wissenschaftlicher und allgemein menschlicher Verantwortung über das Was und Wie, das Warum und Wozu unseres Tuns uns Rechenschaft zu geben. Aus der Erkenntnis, daß es hier letztlich keine Neutralität gibt, werden all jene, die ein einheitliches Welt- und Menschenbild verbindet, auf Gemeinsamkeit im Forschen und Handeln hinbewegt.

Als eine solche Bewegung im christlichen Raum ist der „Katholische Arbeitskreis für Heilpädagogik“ anzusehen,

in welchem sich die auf dem Gebiete der Heilpädagogik in Heimen und Instituten, in Verbänden und Behörden, in Erziehungsberatungsstellen und sozialen Ausbildungsstätten tätigen katholischen Fachleute zusammengeschlossen haben. Hier steht der Arzt und der Psychiater neben dem Seelsorger und Theologen, der Psychologe und Pädagoge neben dem Fürsorger und Jugendrichter.

Dieser Arbeitskreis, der dem Deutschen Caritasverband angeschlossen ist und für den Universitätsprofessor Dr. Otto Graf, Dortmund, und Direktor Gustav von Mann, Freiburg i. Br., verantwortlich zeichnen, hat vom 6.—8. August dieses Jahres in Bonn eine erste größere Tagung abgehalten. Sie war von ungefähr 150 Teilnehmern, Psychologen, Erziehern, Fürsorgern, Ärzten und Priestern, besucht. Sie stand unter dem Thema: „Die biologische und charakterologische Schädigung der deutschen Jugend und ihre heilpädagogische prophylaktische Erziehung“.

Die Grundfragen der Anthropologie

Es war nicht die erste Tagung überhaupt, die sich mit der Schädigung der Jugend und der heilpädagogischen Überwindung dieser Schädigung beschäftigte. Zwei Monate vorher hatte eine Tagung, die das schwererziehbare Kind zum Gegenstand hatte, eine große Zahl von Fachleuten nach Düsseldorf geführt. Dort empfand man das Fehlen von Themen über das heutige Menschenbild als Mangel. Daher hat man auf der Bonner Tagung zunächst eingehend die Grundfragen der psychologisch-philosophischen und theologischen Anthropologie behandelt. Ihnen war ein ganzer Tag gewidmet. Es sprachen: der Arzt (Dr. Albin Röska, Chefarzt des Städtischen Kinderkrankenhauses Köln-Merheim, und Professor Dr. Adolf Busemann, Marburg-Lahn, als Psychologe) und der Pädagoge (Direktor Hans Wollasch, Leiter der Seminars für Wohlfahrtspfleger, Freiburg i. Br.) über „Die Schädigung unserer Jugend in leiblicher, seelischer und geistiger Hinsicht und die Wege ihrer Überwindung im Sinne katholischer Pädagogik“. Dr. Röska sprach über die Einheit von Leib, Seele, Geist in ihrer Bedeutung für die Heilpädagogik. Professor Busemann ging den Problemen der Entwurzelung nach, in der wir gegenwärtig eine der Hauptformen der Abartigkeit des Charakters im Kindesalter und in der Reifezeit zu erblicken haben. Dabei wurde vor allem der Zusammenhang zwischen der objektiven Ordnung in Familie, Heimleben und heimatlicher Lebenswelt einerseits und der inneren Ordnung der menschlichen Persönlichkeit andererseits offenbar. Von größter Bedeutung ist Busemanns Feststellung, daß zwar im Einzelfalle im Charakterbild der geschädigten Jugend Züge vorhanden sind, die durch psychopathische Konstitution bedingt sind, daß wir aber nicht einfach alle Abartigkeiten, auch schwere und scheinbar unverbesserliche, einer solchen Konstitution in die Schuhe schieben dürfen, nur weil wir sie bisher nicht zu beheben vermochten. In dem Referat von Wollasch ging es vor allem um das geistige Ordnungsbild, das die charakterliche Entwicklung bestimmt. Wo dieses Bild fehlt oder gestört ist, da muß sich dies im Charakterbild des Kindes und Jugendlichen auswirken. Jeder Hilfeversuch, der nicht von diesem Bilde ausgeht, ist darum zum Scheitern verurteilt.

Sowohl diese grundlegenden Referate als auch die anschließende Aussprache zeigten, wie es Professor Graf ausdrückte, daß die Diskussion über Gesundheit und Krankheit immer mehr auf die Fragen des inneren Ordo zurückgeführt wird.

Typische Schädigungen der Gegenwart

Der zweite Tag war den „Typen der epochal geschädigten Jugend“ gewidmet. Es sprach zunächst Heinz Lindner, Assistent am Institut für Psychologie der Universität Göttingen, über das Flüchtlingskind. In mehrjährigen Untersuchungen hat sich der Referent mit der Frage der Anpassung des Flüchtlingskindes an die neue Umgebung befaßt und dabei die einzelnen anpassungsfördernden und -hemmenden Faktoren herausgearbeitet. Der Dekanatsjugendseelsorger Reinhard Angenendt, der gleich nach Kriegsende in den Trümmern von Köln eine Jugendheimstatt errichtet hat, wußte aus der unmittelbaren Begegnung mit dem heimatlosen Jugendlichen unter Verwendung jugendlicher Selbstaussagen einen tiefen Einblick in die psychische Eigenart sowie wertvolle Hinweise für die Behandlung dieser Jugendlichen zu geben. Über das elternlose Kind sprach die Referentin für Kinderfürsorge beim Deutschen Caritasverband, Freiburg i. Br., Fr. Maria Kiene. Sie konnte sich insbesondere auf Erfahrungen, die am elternlosen Flüchtlingskind gemacht worden sind, stützen. Sehr viel Liebe und Klugheit zugleich ist erforderlich, wenn man das elternlose Kind in einer Familie oder in einem Heim neu verwurzeln will. Über die besondere Situation des Hilfsschulkindes sprach Rektor David Gathen, München-Gladbach. Er bezeichnete das Hilfsschulkind als ein voll zu wertendes Menschenkind, das aber wegen seiner besonderen Schädigung besonderer Hilfe bedarf. Diese Hilfe dürfe nicht im abstrakten Unterricht im Lesen, Rechnen und Schreiben bestehen; es gelte in einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft unter Ausnutzung der vielfachen Möglichkeiten des gestaltenden Werkens, die individuelle Lebenslinie des Hilfsschulkindes zu entdecken und zu fördern.

Die Verantwortung des caritativen Helfens

In seinem Schlußreferat über „Die Heilkräfte einer katholischen Heilpädagogik“, das als synthetische Zusammenfassung gedacht war, warnte Professor Dr. Schöllgen davor, die Fragen des Heilens und der Heilpädagogik nur einseitig von der Natur oder der Übernatur her zu sehen. Er wies an Hand von geschichtlichen Beispielen auf die möglichen Vereinseitigungen hin. Die Caritas, die hinter allem echten Heilbemühen steht, ist eine Gesinnung, die sich im nüchternen, überlegten, organisierten Tun vollendet. Damit hat der Vortragende auf die Schwere und Verantwortung hingewiesen, deren sich die Tagungsteilnehmer — das klang in den Aussprachen immer wieder durch — wohl bewußt waren.

Übrigens nahmen auch Fachleute der evangelischen Kirche an dieser Tagung teil und bestärkten durch ihre Anwesenheit den Eindruck, daß auf dem so wichtigen Gebiete der Heilpädagogik die christlichen Kräfte sich sammeln zur gemeinsamen Hilfe an der geschädigten Jugend im Sinne einer Pädagogik christlicher Prägung.

**Der Leiter
der amerikanischen
Auslandscaritas
in Freiburg**

Auf einer Europareise wurde Prälat Edward Swanstrom, der Leiter der Auslandshilfe der National Catholic Welfare Conference, am 11. September vom Deutschen Caritas-Verband in Freiburg begrüßt. Er überbrachte namens der amerikanischen Bischöfe das Versprechen weiterer Hilfe. Erzbischof Rauch dankte ihm im Namen aller deutschen Katholiken, die die amerikanische Hilfe empfangen haben. Es ist ein Segen, sagte der Erz-

bischof, und eine gnadenvolle Bereicherung für das Leben der Kirche in dem reichen Strömen der Liebe zwischen den Katholiken Amerikas und Deutschlands. Die Schiffe der Hilfe, die so viele unserer Volksgenossen vor dem Verhungern bewahrt haben, sind nicht von reichen Menschen gesandt, sondern von Menschen, die sich selbst vieles versagen mußten, um von ihrem Eigenen an Fremde schenken zu können, die sie durch den Glauben als Brüder in Christo erkannt haben. Gaben, die so geschenkt wurden, machen nicht bitter und machen nicht Bettler, sondern sie werden aus dankbarem Herzen beantwortet. Prälat Müller, der neuernannte Präsident des Deutschen Caritas-Verbandes, überreichte als Symbol christlicher Liebe eine Madonnenstatue mit einer Anspielung auf die Newyorker Freiheitsstatue. Der amerikanische Gast sprach Worte hoher Anerkennung für das Werk des Caritas-Verbandes. Die Bitte des Erzbischofs von Freiburg, die amerikanischen Katholiken möchten unsere Ostvertriebenen nicht vergessen, beantwortete er mit folgenden Worten: „Noch ungelöst ist das schreckliche Problem der Millionen schwerbetroffener deutscher Ostvertriebener. NCWC hält sich für verpflichtet, dem Caritas-Verband bei der Bewältigung dieser Aufgabe beizustehen. Herr Norris, unser Hauptvertreter für Europa, hat Pläne für dieses lebenswichtige Hilfswerk entworfen, und Fräulein Egan ist in Deutschland unterwegs, um die Not der Ostvertriebenen kennen zu lernen und mir so bald als möglich einen Bericht mit Vorschlägen für unsere Flüchtlingshilfe zu machen“.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Der Papst zum Kommunismus-Dekret

Papst Pius XII. empfing am 17. August den neuernannten Gesandten von Peru zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens. In seiner Rede zeigte sich der Heilige Vater von großem Vertrauen in die Zukunft der Kirche beseelt und rechtfertigte dieses Vertrauen besonders damit, daß nun die Fronten zwischen katholischem Glauben und kommunistischem Irrtum ganz klar abgegrenzt sind. Der Papst sagte:

„Sie kommen zu Uns als Vertreter eines Landes mit großen katholischen Überlieferungen. Sie kommen zu Uns in einem Augenblick, da andere Völker der Welt ein Beispiel, und zwar ein schlechtes Beispiel dafür bieten, was für ein Unglück es für ein Volk sein kann, wenn die religionsfeindlichen Grundsätze und Absichten gewisser moderner sozialer Strömungen sich der Gläubigkeit oder der Interessen gewisser Klassen bemächtigen, so zur Herrschaft gelangen und sich dann unverzüglich in beklagenswerten Exzessen ergehen. Sie kommen zu Uns gerade in dem Augenblick, da die mütterliche Stimme der Kirche es notwendig gefunden hat, das Lager Jesu Christi gegen das seiner Gegner abzugrenzen. Sie zeigt den katholischen Gewissen, die nach Wahrheit und Licht dürsten, genau, welches der offene, erleuchtete und gewisse Pfad zum Heil ist und welches die krummen und dunklen Wege sind, die zum Irrtum führen. Es hat wenige Zeiten gegeben, in denen die Kirche so ruhig gestimmt und gelassen war wie heute, da ihre mütterliche Stimme in der ganzen Welt Resonanz gefunden hat und ihre Kinder sich nun entscheiden müssen, welches Echo das Wort der Kirche in ihrem Verstand, ihrem Herzen und ihrem Gewissen finden soll.

Die Stimme der Kirche erging zwar als eine Mahnung. Aber deswegen hört sie nicht auf, von der Liebe getragen zu sein und von dem Wunsch, das Heil ihrer Kinder zu sichern.“

Die Erklärung des Hl. Stuhls zur Schließung der Diplomatischen Konferenz in Genf

Drei Monate lang haben in Genf die Vertretungen von 73 Nationen getagt, um die sog. Genfer Konventionen, die den Schutz der Verwundeten und Gefangenen und der Zivilbevölkerung im Krieg betreffen, zu revidieren. Wir haben in der Herder-Korrespondenz schon einmal (Jhg. 3, Heft 11, S. 488) über den Kampf um die Aufnahme des Namens Gottes in die Konventionen oder irgendeine andere Art der Begründung der dort behandelten Grundsätze durch den Bezug auf die göttliche Ordnung berichtet. Auf der letzten Vollsitzung am 11. August hat nun der Hl. Stuhl noch einmal eine grundsätzliche Erklärung zu dieser Frage abgegeben, deren Wortlaut wir den Mitteilungen des Centre Catholique International de Documentation et Statistique vom 24. August entnehmen.

Msrgr. Bertoli, der den Hl. Stuhl auf der Konferenz in Genf vertrat, hat folgende Erklärung verlesen:

„Wir nahen uns dem Ende der Arbeiten unserer Konferenz unter der vornehmen Leitung Bundesrat Petitpieres. Die Delegation des Hl. Stuhls legt Wert darauf, allen hier versammelten Vertretern Dank zu sagen für die Bemühungen, die sie in langen arbeitsreichen Monaten auf sich genommen haben, um unsere Konventionen auf die Füße zu stellen.

Man erlaube der Delegation des Hl. Stuhls, eine kurze Erklärung zu einem Gegenstand abzugeben, der uns alle angeht.

Bei der Diskussion der Konventionen in erster Lesung hatten die drei Kommissionen dem Gedanken zugestimmt, daß es nützlich und notwendig sei, den Konventionen eine feierliche Erklärung voraufzuschicken, deren Redaktion Arbeitskreisen anvertraut wurde. Die Annahme dieses Gedankens stieß nicht auf Widerspruch, wie die Sitzungsprotokolle beweisen.

Der Vorschlag der Delegation des Hl. Stuhls

Die Delegation des Hl. Stuhls hatte bei den drei Kommissionen einen Vorschlag eingebracht, der in der Folge in Dokument CDG/Civ. no. 356 folgendermaßen festgehalten worden ist:

„Die Delegation des Hl. Stuhls schlägt vor, daß im Text der Präambel die Gottheit als Quelle der die Freiheit und Würde der menschlichen Person schützenden Rechte genannt werden solle, Rechte, die geradezu die Basis der Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegzeiten darstellen“.

Dieser Vorschlag hatte die Zustimmung zahlreicher Delegationen erhalten. Ubrigens haben wir immer die Notwendigkeit betont, eine Formulierung zu finden, gegen die kein vernünftiger Einwand ist.

Der Arbeitskreis der ersten Kommission hatte folgenden Text vorgeschlagen, einen Text, der auch vom Redaktionskomitee der zweiten Kommission angenommen wurde:

„Die Achtung vor der menschlichen Person und ihrer Würde verpflichtet auch abgesehen von jeder kontraktlichen Bindung. Die Religionen lehren deren göttlichen Ursprung, und die Völker erkennen dieses Prinzip als eine der Grundlagen aller Zivilisationen an“.